

Gemeinsame Empfehlung des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit, des Ministeriums für Bildung, Frauen und Jugend sowie der Kommunalen Spitzenverbände zu den Aufgabenfeldern einer Integrationshelferin bzw. eines Integrationshelfers im Zusammenhang mit der schulischen Bildung von Schülerinnen und Schülern mit Behinderungen

Die aktuelle Politik für Menschen mit Behinderungen hat zum Ziel, eine größtmögliche Teilhabe, Gleichstellung und Selbstbestimmung in den grundlegenden Lebensbereichen für behinderte Menschen mitten in unserer Gesellschaft - und nicht in Sondersystemen - zu verwirklichen. Die Integration von Menschen mit Behinderungen stellt somit einen Schwerpunkt der rheinland-pfälzischen Politik dar; sie ist eine Querschnittsaufgabe aller Ressorts. Das in der Landesverfassung verankerte und durch das Landesgesetz zur Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen für Menschen mit Behinderungen konkretisierte Benachteiligungsverbot verpflichtet das Land, die Gemeinden und die Gemeindeverbände, Benachteiligungen von behinderten Menschen zu beseitigen und zu verhindern sowie ihnen die gleichberechtigte Teilhabe am Leben in der Gesellschaft zu ermöglichen.

Für die schulische Förderung und Bildung ist in § 3 Abs. 5 SchulG festgelegt: „Behinderte Schülerinnen und Schüler sollen das schulische Bildungs- und Erziehungsangebot grundsätzlich selbständig, barrierefrei, im Sinne des § 2 Abs. 3 des Landesgesetzes zur Gleichstellung behinderter Menschen und gemeinsam mit nicht behinderten Schülerinnen und Schülern nutzen können, wenn hierfür die sächlichen, räumlichen, personellen und organisatorischen Bedingungen geschaffen werden können“. Nach § 59 Abs. 4 SchulG besuchen Schülerinnen und Schüler, die nach Feststellung der Schulbehörde sonderpädagogischen Förderbedarf haben, eine Förderschule oder nach Maßgabe des § 3 Abs. 5 SchulG eine andere Schule.

Das Erreichen dieser Zielperspektive ist eine gemeinsame Aufgabe all derer, die an Unterricht, Erziehung und Bildung junger Menschen beteiligt sind. Jede Schularart und jede Schule – alle Grundschulen, weiterführenden Schulen und berufsbildenden Schulen – wirken dabei gemäß § 10 Abs. 1 SchulG mit.

Als Organisationsformen für die schulische Förderung für Schülerinnen und Schüler mit festgestelltem sonderpädagogischen Förderbedarf existieren in Rheinland-Pfalz Förderschulen und Schwerpunktschulen.

Schwerpunktschulen sind allgemeine Schulen der Primarstufe und der Sekundarstufe I, die den Auftrag haben, wohnortnah integrativen zieldifferenten Unterricht anzubieten. Förderschulen sind mit verschiedenen Förderschwerpunkten eingerichtet und haben den Auftrag Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf zu den Schulabschlüssen zu führen, die ihren individuellen Möglichkeiten entsprechen.

Die personellen und organisatorischen Voraussetzungen für den Unterricht werden von dem für die schulische Bildung zuständigen Ministerium, dem Ministerium für Bildung, Frauen und Jugend, geschaffen. Zur Erfüllung ihres Unterrichtsauftrags erhalten die Förderschulen und die Schwerpunktschulen von der Schulbehörde jeweils eine Zuweisung an Pädagogischem Personal (Förderschullehrkräfte, pädagogische Fachkräfte, Lehrkräfte mit den schulartbezogenen Lehrämtern). Dadurch wird an Schwerpunktschulen und Förderschulen die für den Unterricht im jeweiligen Förderschwerpunkt benötigte sozial- und sonderpädagogische Kompetenz sichergestellt.

Zwischen den Kommunalen Spitzenverbänden, dem Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit und dem Ministerium für Bildung, Frauen und Jugend herrscht Einvernehmen darüber, dass neben der schulischen Förderung im Einzelfall ein Unterstützungsbedarf bei der Bewältigung von Aufgaben des alltäglichen Lebens bestehen kann. Dieser erhöhte Bedarf ist im Rahmen der Individuellen Hilfeplanung festzustellen. Rechtsgrundlagen für die Übernahme der Kosten einer Integrationshelferin bzw. eines Integrationshelfers sind die §§ 53 und 54 SGB XII. Die Entscheidung über das Erfordernis von Eingliederungshilfen sowie über die Gewährung der Eingliederungshilfe nach Art und Umfang liegt allein beim Kostenträger dieser Hilfen. Dieser prüft vor seiner Entscheidung, ob aufgrund des Nachrangs der Sozialhilfe ein vorrangiger Kostenträger zur Übernahme der Kosten verpflichtet ist.

Das Bundesverwaltungsgericht hat in seinem Urteil vom 28. April 2005 (AZ: 5 C 20.04) die Entscheidung des OVG Koblenz vom 25. Juli 2003 (AZ: 12 A 10410/03.OVG) bestätigt, wonach die Kosten für eine Integrationshelferin bzw. einen Integrationshelfer im Rahmen der Eingliederungshilfe vom Sozial- bzw. Jugendhilfeträger zu übernehmen sind.

Die Kommunalen Spitzenverbände, das Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit sowie das Ministerium für Bildung, Frauen und Jugend haben einvernehmlich die nachfolgenden Aufgabenfelder/Einsatzfelder von Integrationshelferinnen und Integrationshelfern definiert und verabredet, diese in ihrem nachgeordneten Bereich bzw. ihrem Zuständigkeitsbereich zu veröffentlichen und deren Beachtung zu empfehlen. Die Aufgabenbeschreibung zielt darauf, eine Abgrenzung zwischen ausgeübten Assistenz Tätigkeiten und Unterricht vorzunehmen.

Integrationshelferinnen und Integrationshelfer unterstützen durch pflegerische Leistungen sowie einfache Hilfestellungen bei lebenspraktischen Tätigkeiten die Eingliederung von behinderten Kindern und Jugendlichen in allgemeine Schulen und damit in die Gemeinschaft.

Der nachstehende Tätigkeitskatalog fasst die wesentlichen Aufgabenfelder von Integrationshelferinnen/Integrationshelfern in der Schule zusammen:

1. Pflegerische Hilfen (zum Beispiel Hilfen beim Toilettengang, bei der Versorgung mit Windeln, bei Umlagerungen, Transporten mit Rollstühlen)
2. Lebenspraktische Aufgaben (zum Beispiel Hilfe beim Schulweg, Hilfe beim An- und Auskleiden in der Schule, Hilfe bei der Orientierung im Schulgebäude, Hilfe bei der Nahrungsaufnahme, Hilfe beim Wechseln des Unterrichtsraumes und hier insbesondere beim Treppensteigen)
3. Betreuung und Unterstützung im schulischen Freizeitbereich (zum Beispiel Betreuung während der Pausen und bei außerunterrichtlichen schulischen Veranstaltungen).

Sofern bei Kindern und Jugendlichen aufgrund einer spezifischen Behinderung ein besonders hoher Unterstützungsbedarf vorliegt, können darüber hinaus Hilfen während des Unterrichts von einer Integrationshelferin/einem Integrationshelfer erbracht werden. Dazu gehören beispielsweise die Umsetzung von Übungssequenzen mit Schülerinnen und Schülern im Rahmen des Unterrichts, persönliche Ansprache beziehungsweise Ermunterung des jeweiligen Kindes, Wiederholung und Verdeutlichung von Arbeitsanweisungen der Lehrkräfte sowie Hilfestellungen im Unterricht durch spezielle Methoden wie Handführung (z.B. nach Affolter und Ähnliches).

Pädagogische Tätigkeiten zählen nicht zu den Aufgaben einer Integrationshelferin bzw. eines Integrationshelfers. Um eine wirksame Eingliederung zu erreichen, ist es wichtig, dass Integrationshelferinnen und Integrationshelfer an Teambesprechungen, Konferenzen oder Elterngesprächen im erforderlichen Umfang teilnehmen, die die Schülerin/den Schüler betreffen.



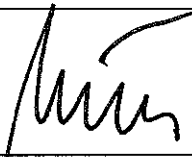
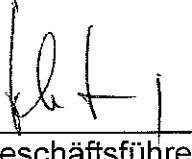

Grundsätzlich sollen die aufgeführten Hilfestellungen von Personen ohne eine spezielle Ausbildung (z.B. Zivildienstleistende, Studierende, Personen, die ein Freiwilliges Soziales Jahr ableisten etc.) geleistet werden. Sie sollten über Einfühlungsvermögen sowie soziale Kompetenz verfügen.

Den Schulen/Lehrkräften steht nicht das Recht zu, Anträge auf Eingliederungshilfen zu stellen oder diesbezüglich Anforderungen zu formulieren. Sie können gleichwohl an der Entscheidungsfindung beteiligt sein. Diese Mitwirkung erfolgt freiwillig und auf Anfrage des Trägers der Eingliederungshilfe; sie ist nicht Bestandteil des Gutachtens zur Feststellung des sonderpädagogischen Förderbedarfs.

Das Verfahren zur Feststellung des sonderpädagogischen Förderbedarfs findet in der Verantwortung der Schulbehörde, der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion Trier, statt. Es dient als eine Grundlage für die Entscheidung der Schulbehörde über den Förderort einer Schülerin/ eines Schülers mit festgestelltem sonderpädagogischem Förderbedarf. Dabei werden insbesondere die Kompetenzen der Schülerin/des Schülers vor dem Hintergrund der persönlichen Lebenssituation beschrieben, pädagogisch interpretiert und spezifische schulische Förderbedürfnisse ausgewiesen.

Die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner dieser gemeinsamen Erklärung bekräftigen ihre Bereitschaft, bei Bedarf weitere Empfehlungen zu erarbeiten.

Mainz, den 15. SEP 2006

für das Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit	für das Ministerium für Bildung, Frauen und Jugend	für den Landkreistag Rheinland-Pfalz	für den Städte- tag Rheinland-Pfalz	für den Gemeinde- und Städtebund Rheinland-Pfalz
 Staatssekretär Dr. Richard Aurnheimer, Landesbeauftragter für die Belange behinderter Menschen	 Staatssekretär Michael Ebling	 Geschäftsführender Direktor Burkhard Müller	 Geschäftsführer Prof. Dr. Gunnar Schwarting	 Verbandsdirektor und geschäftsführendes Vorstandsmitglied Reimer Steenbock